Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Herzog-Max-Straße Nr. 4.

Die Lage der Juden in Polen — Bemerkungen — Münchener Stadtrat und die Schächtfrage — Der Zionismus und die jüdische Frau — Aus der Berliner jüdischen Gemeinde — Roman-Beilage — Der Vorstand der Vereinigung für das liberale Judentum gegen Beteiligung an der Jewish Agency — Neue Explosionen des russischen Antisemitismus — Die Regierungsfinanzen in Palästina im Jahre 1929 — Aus der jüdischen Welt — Gemeinden- und Vereins-Echo — Spenden-Ausweis

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile: 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Herzog-Max-Straße 4 / Fernsprecher 93099 Postscheck-Konto: München 3987.

Nr. 9 | **München, 1. März 1929** | **16. Jahrgang**

1929 Wochenkalender 5689

	März	Adar I	Bemerkungen
Sonntag	3	21	
Montag	4	22	
Dienstag	5	23	
Mittwoch	6	24	
Donnerstag	7	25	
Freitag	8	26	
Samstag	9	27	ויקהל פרשת שקלים מברכין החדש



Das Jüdische Echo

Nummer 9 **1. März** **16. Jahrgang**

Die Lage der Juden in Polen

Von Dr. Theodor Weisselberger (Czernowitz)

Die jüdische Presse pflegt sehr oft Nachrichten über interne Parteistreitigkeiten der polnischen Juden zu veröffentlichen. Dadurch wird das Interesse des Auslands von den wichtigsten Problemen der polnischen Judenheit abgelenkt. Wie diese Probleme aussehen, belehrt ein nachstehender Aufsatz eines jüdischen Politikers aus dem Leben Polens, Rumäniens.

„Der gesellschaftliche Antisemitismus ist dort nicht so vehement wie er vor einigen Jahren war, als der polnische Staat sich zu konsolidieren begann. Auch die starke Boykottbewegung der christlichen Bevölkerung gegenüber dem jüdischen Kaufmann und Handwerkerstand scheint geringer zu sein. Kraß und brutal ist hingegen der wirtschaftliche Kampf, der von der Regierung gegen die Juden geführt wird. Der gesetzliche und politische Deckmantel hierzu ist der sogenannte Etatismus oder die Sozialisierung. Die Verstaatlichung vieler Erwerbszweige stand in der ersten Zeit nach dem Kriege in Mittel- und Westeuropa in voller Blüte. Langsam und allmählich sind aber die Sozialisierungstendenzen in den Hintergrund getreten. Die Verstaatlichungstendenz sowohl im Handel als auch in der Industrie wächst lediglich in Polen in ganz unheimlicher Weise. In der gegenwärtigen polnischen Regierung sitzen kapitalistisch und sozialistisch orientierte Minister. In einem Punkt sind sie aber einig: auf dem Gebiete der immer stärkeren Verstaatlichung. Die Vertreter des Kapitalismus in der Regierung wollen durch Verstaatlichung gewissermaßen dem Mangel der wirtschaftlichen Initiative abhelfen, an welcher es dem polnischen Volke gebricht. Die sozialistischen Minister hingegen erblicken im Etatismus die Anfänge der sozialistischen Gesellschaftsordnung. So wird ein Erwerbszweig nach dem andern nicht nur in der Industrie, sondern auch im Handel verstaatlicht. Der polnische Staat versucht z. B. sogar den Handel mit Getreide, Holz und Petroleum zu verstaatlichen. Viel ist in dieser Beziehung zum Nachteile der städtischen Bevölkerung schon geschehen; viel wird erst vorbereitet. Wie weit die Sozialisierung um sich gegriffen hat, ist daraus zu ersehen, daß der polnische Staat mehr Arbeiter und Beamte in seinen wirtschaftlichen Betrieben beschäftigt als alle privaten Handelsindustrien in den polnischen Landen überhaupt. Dieser Verstaatlichungsprozeß geht vor allem auf Kosten der jüdischen Bevölkerung. Die Folge der Sozialisierung irgendeines Betriebes oder irgendeines Betriebszweiges bedeutet die gänzliche oder teilweise Depossedierung von hunderten und tausenden jüdischer Wirtschaftsobjekte. Diese Verdrängung der Juden aus ihrer wirtschaftlichen Position geschieht in einer so erschreckenden Weise, daß man den Eindruck gewinnen kann, es handle sich manchmal der polnischen Regierung mehr um die Entjudung als um die Sozialisierung. Bemerkenswert ist, daß infolge der konsequenten Durchführung der Verstaatlichungstendenzen in Polen nicht nur der jüdische Großkaufmann und Industrielle, der Zwischenhändler und der Vermittler verdrängt wird, sondern auch der jüdische Arbeiter. In den Betrieben, die verstaatlicht werden, werden nämlich fast ausschließlich christliche Arbeiter aufgenommen, neue jüdische Arbeiter werden nicht angestellt und die Arbeiter jüdischer Abstammung, die von früher in den sozialisierten Betrieben gearbeitet haben, werden verdrängt. So nimmt man dem jüdischen Arbeiter in brutaler Form das primitivste Recht — das Recht auf Arbeit. Vor Jahren waren in den Tabakfabriken Polens 20 000 jüdische Arbeiter beschäftigt. Jetzt — nach erfolgter Sozialisierung der Tabakfabriken — gibt es in diesen Fabriken einige Dutzend jüdischer Arbeiter. Als im Frühling vergangenen Jahres 380 neue Arbeiter bei der elektrischen Straßenbahn in Warschau aufgenommen wurden, befanden sich unter diesen nur zwei Juden. Infolge der Aufnahme dieser zwei jüdischen Arbeiter kam es unter den Arbeitern der elektrischen Straßenbahn in Warschau fast zu einem Streik, weil die christlichen Kollegen mit den jüdischen nicht arbeiten wollten. Übrigens hat sich erst unlängst in Lodz etwas ähnliches ereignet. Die bei einem jüdischen Großfabrikanten beschäftigte christliche Arbeiterschaft drohte mit einem Streik, weil der jüdische Dienstherr es gewagt hatte, einen einzigen jüdischen Arbeiter in seinem Betriebe zu beschäftigen!

Es ist in unserer Ökonomik leider nichts Seltenes, wenn der jüdische Händler aus dem Erwerbsleben verdrängt und brotlos gemacht wird. Obwohl es Sache des Staates ist, für die deklassierten Bürger zu sorgen, wenn seine zielbewußte Wirtschaftspolitik dies verursacht hat. Neu ist die Erscheinung, daß man dem jüdischen Arbeiter das Recht auf Beschäftigung — auf produktive Arbeit nimmt. So wird die Industriealisierung des jüdischen manuellen Arbeiters ungeheuer erschwert und auch die Beamtifizierung der jüdischen geistigen Arbeiter seit Jahr und Tag ganz unmöglich gemacht. Jüdische Beamte werden nämlich in die städtischen und staatlichen Ämter und in die vom Staat geführten wirtschaftlichen Unternehmungen überhaupt nicht aufgenommen; und die wenigen jüdischen Beamten, die von früher da waren, werden rücksichtslos verdrängt.

Noch ein Moment trägt dazu bei, daß die wirtschaftliche Lage der Juden in Polen eine geradezu katastrophale ist: das ist der unerhörte Steuerdruck. Fast 82 Prozent der unmittelbaren Steuern zahlt die städtische Bevölkerung und nur 18 Prozent machen die unmittelbaren Steuern aus, die von der ländlichen Bevölkerung entrichtet werden, obwohl die letztere vier Fünftel der Gesamtbevölkerung ausmacht. Von den unmittelbaren Steuern, welche das städtische Element zahlt, zahlen die Juden fast die Hälfte. So stützen die Juden finanziell das politische System in Polen, welches ge-

gen sie — die polnischen Bürger — einen rücksichtslosen wirtschaftlichen Kampf führt.

Dieser Depossedierungsprozeß aus dem Erwerbsleben und die Erschwerung der Industrialisierung und der Beamtifizierung ist nichts Neues. Dies ist eine Erscheinung in der jüdischen Ökonomik, die immer und immer wiederkehrt. Wenn nationale Staaten sich zu konsolidieren beginnen, wenn sie sich wirtschaftlich auf eigene Füße stellen wollen, beginnt die wirtschaftliche Verdrängung der Juden. Jede nationale Regierung will einen geschlossenen, alle Erwerbszweige umfassenden Wirtschaftskörper haben und da ist für die national anders Gearteten kein Platz. Der Jude wird überflüssig, auch wenn er Jahrhunderte im Wirtschaftskörper eines Landes sozial nützliche Funktionen erfüllt hat. So ist es auch jetzt in Polen. Ob es den Juden in den übrigen Ländern Osteuropas in der nächsten Zukunft in wirtschaftlicher Hinsicht anders ergehen wird, als unseren Brüdern in Polen, erscheint uns sehr zweifelhaft. Der wirtschaftliche Verdrängungsprozeß in den Ländern der Galuth ist nur eine Frage der Zeit.

Bemerkungen

Numerus-clausus-Propaganda in Deutschland

In Erlangen waren nach der amtlichen Hochschulstatistik im Sommersemester 1928 29 Juden unter insgesamt 1551 Studierenden immatrikuliert, das sind nicht ganz 2 Prozent; ausgerechnet in Erlangen, wo die Juden an der Universität, wie man sieht, kaum zahlreicher sind als es ihrem Prozentverhältnis zur Gesamtbevölkerung entspricht, fühlen sich die über 1500 von den 29 aufs äußerte bedroht, so sehr, daß sie nicht umhin können, ihre Frucht vor Überfremdung in einer Resolution der von ihnen gewählten Vertretung, des Asta (Allgemeiner Studentenausschuß) Ausdruck zu geben. Diese von der Fraktion des Nationalsozialistischen Studentenbundes eingebrachte, von den drei Gruppen des Asta, der Nationalsozialistischen, der Vaterländischen und der Politischen Arbeitsgemeinschaft angenommene Resolution ist ein Kulturdokument besonderen Ranges; sie lautet: „Folgende Forderung wird dem Hauptausschuß der Deutschn Studentenschaft und dem Kreistag zur sofortigen Stellungnahme übermittelt: „Die Erlanger Studentenschaft fordert an sämtlichen deutschen Hochschulen die Einführung des numerus clausus für Nichtdeutsche, besonders aber für Studierende der jüdischen Rasse." Welche phantastische, bereits an Verfolgungswahn grenzende Angst müssen eigentlich diese tapferen Jünglinge vor allem Jüdischen haben; wie sehr ist ihnen diese Judophobie schon ins Blut gedrungen, wenn ausgerechnet sie, die doch eigentlich gar keinen Anlaß dazu hatten, gesetzgeberische Maßnahmen gegen die jüdischen Studenten verlangen, — die jahrelange Hetze derer um Hitler hat rechte Früchte getragen, und wenn es so weiter geht, wie es den Anschein hat, werden uns auch in Deutschland noch ungarische Zustände bedrohen.

Man glaube nämlich nicht, daß diese Studenten sich nur traurige Witze erlaubten wollten: die Sache ist sehr sehr ernst. Meldet man nicht aus Berlin, der republikanischen Reichshauptstadt, daß dort am hellichten Tage im Burgfrieden der Universität Hakenkreuzler-Ausschreitungen stattgefunden haben. Die JTA berichtet unter dem 24. Februar aus Berlin:

„Am Freitag mittag kam es in der Berliner Universität zu Ausschreitungen nationalsozialistischer Studenten gegen sozialdemokratische und kommunistische Studenten. Die Ausschreitungen trugen aber auch einen betont antisemitischen Charakter, indem jüdisch oder ausländisch aussehende Studierende sehr belästigt und zum Teil mißhandelt wurden. Die Hakenkreuzler besetzten die Vorhalle der Universität und den öffentlichen Eingang, so daß es unmöglich war, das Gebäude zu betreten. Auch die Eingänge zu den Hörsälen wurden blockiert. Trupps von Nationalsozialisten, uniformiert und mit Hakenkreuzen geschmückt, zogen in Zweierreihen durch die Universität und provozierten alle Studenten, die jüdisch oder irgendwie ausländisch aussahen. Einzelne Juden oder Sozialisten wurden angepackt und in die Mitte der Nationalsozialisten geschleppt, wo sie mißhandelt wurden. Die benachrichtigten Pedelle waren der Übermacht der Nationalsozialisten nicht gewachsen. Es konnten, nachdem die Mehrzahl der Hitlerianer die Universität verlassen hatte, nur noch drei Nationalsozialisten festgestellt werden, die nicht Studenten, sondern von der Straße geholt worden waren. Man erwartet, daß Rektor und Senat auf diese Rüpeleien entsprechend reagieren werden."

Man erwartet . . . ; bisher leider vergeblich. Man braucht aber gar nicht bis nach Berlin zu gehen, um über den Hochschulantisemitismus erbauliche Dinge zu erfahren: München steht da keineswegs zurück. So konnte man lesen, daß vor einigen Tagen das Auditorium maximum der Universität, die sonst allen „parteipolitischen" will sagen linksgerichteten Veranstaltungen hermetisch verschlossen bleibt, dem sehr extremen „Kampfbund deutscher Kultur" zu einem Vortrag von Professor Othmar Spann aus Wien zur Verfügung gestellt wurde. Dieser Kampffund ist eine Gründung nationalsozialistischer Kreise; er wird vom Chefredakteur des „Völkischen Beobachters" geleitet und seine

Veranstaltung sah auch danach aus. Spann sprach über die „Verjudung" der Philosophie; der große Adolf erschien persönlich und ließ sich eine lärmende Ovation darbringen; man vergesse nicht: im Auditorium maximum der Universität und nicht etwa im Bürgerbräukeller oder im Zirkus Krone. Diese bemerkenswerten Ereignisse geschahen unter der Aegide des Rektors Bumke, der sich auch zu einer üblen Schiebung für den völkischen Studentenführer Kersten bereitgefunden hat. Dessen Wahl in den Vorstand der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft hätte daran scheitern müssen, daß nur vollimmatrikulierte Studenten wählbar sind; er selbst aber schon seit zwei Jahren preußischer Kammergerichtsreferendar ist. Kersten wußte sich zu helfen: er fuhr nach München, erwirkte sich hier beim Rektor der Münchener Universität die Genehmigung zur nachträglichen Immatrikulation, obwohl er nicht in München wohnen (was eigentlich vorgeschrieben ist), geschweige denn hier studieren will. Und jetzt kann er als „bayerischer Student" seinen Kampf gegen die preußische Regierung weiterführen.

Es sind also nicht nur die Studenten, die sich antisemitisch betätigen; auch Professoren machen gerne mit oder haben wenigstens nichts gegen solche „kulturelle" Betätigung einzuwenden; die gegenwärtigen und künftigen Führer der Nation. Arme Juden, noch ärmeres Deutschland!

Trotzkis Schicksal

Trotzkis Ausweisung aus Rußland hat die ganze Öffentlichkeit veranlaßt über sein Schicksal nachzudenken und zu reden, und dabei haben auch Leute, die sonst das Vorhandensein eines jüdischen Problems ableugnen, erkennen müssen, daß das Schicksal Trotzkis — aber ungewollt — ein eminent jüdisches Schicksal ist. Trotz seiner großen Taten für die russische Revolution, der er durch Schaffung der Roten Armee und der ganzen Verkehrsorganisation wohl erst zum Siege verholfen, hat man ihn aus dem öffentlichen Leben Rußlands ausgeschieden und ihn in Acht und Bann getan. Die derzeitigen russischen Machthaber, denen es in ihren Streitigkeiten mit den bäuerlichen Grundbesitzern, den Kulaki, opportun erscheint, sich als „echt russisch" aufzuspielen und denen Trotzki sehr lästig fiel, haben sich nicht gescheut, den „Juden" dem wiedererwachenden Antisemitismus weiter Schichten des russischen Volkes als Opfer vorzuwerfen und gleichzeitig dadurch der Propaganda der russischen Emigranten, die den Bolschewismus als jüdische Erfindung diffamieren wollen, entgegenzutreten.

Diese Unterscheidung zwischen „echten" und „unechten" Russen, die den bolschewistischen Machthabern gerade einmal in ihren Kram paßt, und die deshalb skrupellos von ihnen gebraucht wird, scheint merkwürdigerweise auch der „Frankfurter Zeitung" einzuleuchten. Sie schrieb nämlich vor einiger Zeit in einem Leitartikel über „Trotzkis Schicksal":

„Nach vollendeter Revolution arbeiteten Lenin und Trotzki in enger Gemeinschaft. Sie waren nicht immer ganz einer Meinung. Aber vor der viel größeren Autorität, die Lenin genoß, fühlte Trotzki instinktiv, daß er in der zweiten Linie stehen bleiben müsse. Im Unterbewußtsein mindestens spielte dabei der Gedanke mit, daß es besser sei, an der Spitze des bolschewistischen Staates einen echten Russen wie Lenin zu haben. Das Wiederauftauchen antisemitischer Strömungen, von denen seit einem Jahre berichtet wird, beweist, daß dieses Empfinden nicht ganz unberechtigt war. Die blendende geistige Energie Trotzkis wurde von solchen Hemmungen allerdings kaum berührt. Sie waren vielleicht eher ein Anreiz für ihn.

Ob die „Frankfurter Zeitung" bereit wäre, diese Unterscheidung von echt und unecht z. B. auch auf Deutsche anzuwenden und etwa die deutschen Juden als „unechte Deutsche" zu bezeichnen? Wir glauben und wir wollen hoffen: nein, obwohl es ja nur eigentlich konsequent wäre. Trotzki ist so assimiliert wie irgendein deutscher Jude und sein Judentum hat er ganz und gar vergessen. Leider darf die „Frankfurter Zeitung" als typisch gelten, für jene nämlich, die so lange das Bestehen eines Judenproblems ganz leugnen und es nicht sehen möchten, bis sie bei irgendeiner Gelegenheit sogar offenkundig antisemitische Begriffe übernehmen; daß sie den historischen Entwicklungsprozeß des Judentums ganz und gar nicht versteht, hat sie damit wieder einmal hinlänglich bewiesen.

Die jüdische Delegation

Dieser historische Entwicklungsprozeß ist im letzten Jahrzehnt, wie man weiß, in eine neue Phase eingetreten; die zionistische Bewegung hat das jüdische Volk, das fast zwei Jahrtausende lang nur das Objekt der Politik war, wieder zu einem politischen Subjekt gemacht; sie hat dem Lebenswillen des jüdischen Volkes einen deutlich sichtbaren Ausdruck gegeben. Zum ersten Male geschah dies vor dem Forum der ganzen zivilisierten Welt, als die aus Chaim Weizmann, Nahum Sokolow und Menachem Ussischkin bestehende jüdische Delegation vor zehn Jahren, am 27. Februar 1919, vor dem Rat der Zehn der Friedenskonferenz in Versailles erschien und den Anspruch des jüdischen Volkes auf Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina vortrug und begründete. Wenn auch damals nichts entschieden wurde, so ist dieses Datum doch denkwürdig; an diesem Tage wurde bereits durch die Anhörung seiner Delegation das jüdische Volk als Träger seiner Geschicke durch die internationale politische Welt anerkannt, an diesem Tage hat das jüdische Volk die wahre Gleichberechtigung, die der Nation, errungen und seit diesem Tage hängt es von dem politischen Willen und der Energie des jüdischen Volkes ab, wie sich seine Geschichte weiter gestaltet. I. E.

Münchener Stadtrat und Schächtfrage

Den Nationalsozialisten kommt es, wo immer sie tätig sind, nicht darauf an, positive Arbeit zu leisten, sondern nur immer darauf, möglichst viel zu hetzen, Staub aufzuwirbeln und Unruhe zu stiften. Und da ihnen die bestehenden gesetzlichen Vorschriften durchaus keine Handhabe bieten, ein Schächtverbot durch die Städte zu erreichen, stellen sie, anscheinend systematisch, in gemeindlichen Gremien Demonstrationsanträge und entfesseln damit Debatten, die leicht allzudeutlich verraten, daß das antisemitische Gift in vielen Köpfen bereits gewirkt hat. Das wird man auch aus dem Bericht über die kürzlich im Hauptausschuß des Münchener Stadtrats stattgehabte Aussprache ersehen, den wir unverändert den „M. N. N." entnehmen und den wir nur noch nach einer Meldurg der „M. A. Z.", mit dem Hinweis auf die Meinung des Herrn Stadtrat Fischer (Freie Arbeitsgemeinschaft) ergänzen, der bemerkte, daß mindestens zwei Drittel der Juden mit der elektrischen Betäubungsmethode einverstanden wären; „nur die Zionisten, eine kleine Minderheit, wollen an dem Brauche unentwegt festhalten". Nachdem also die Sachkunde und Gewissenhaftigkeit der meisten Redner dadurch genügend beleuchtet ist, mag man dann den Bericht selbst über sich ergehen lassen — nicht ohne ein bedauerndes Kopfschütteln darüber, wie leicht man heute noch oder wiederum geneigt ist, die Gewissensfreiheit anderer gröblichst zu mißachten und die Ausübung religionsgesetzlicher Vorschriften durch Verwaltungsmaßnahmen zu verhindern.

„Die nationalsozialistische Stadtratsfraktion hatte, wie schon mitgeteilt, in einem Antrag nachstehende Forderungen gestellt: Zu den Hilfsarbeiten beim rituellen Schächten dürfen ausschließlich nur jüdische Personen verwendet werden, da es sich hierbei nach Auffassung der Juden selbst um eine religiösen Akt handle. Das Fleisch der geschächteten Tiere, das von den Juden als Trefer erklärt wird, darf nur an einem besonders gekennzeichneten Stand der Freibank verkauft werden. Die Hinterviertel sämtlicher geschächteten Tiere, die von den Juden selbst als für sie unrein bezeichnet werden, dürfen nur von nichtjüdischen Metzgern verkauft werden, wenn sie als von geschächteten Tieren stammend besonders gekennzeichnet sind.

Im städtischen Hauptausschuß erklärte hierzu R.-R. Dr. Helmreich, daß das Fleischbeschauergesetz keine Möglichkeiten gebe, im Sinne des Antrages zu verfahren. Denn dieses Gesetz enthalte keine Vorschrift, wonach Stücke von Schlachttieren als Trefer zu bezeichnen sind. Dem Stadtrat stehe keine rechtliche Möglichkeit zur Seite, eine solche Vorschrift zur Durchführung zu bringen, selbst wenn man sie für berechtigt hielte. Da es sich um die Änderung eines Reichsgesetzes handle, wäre der Reichstag die gegebene Stelle für die Einbringung und Behandlung solcher Anträge. Was die Verwendung nichtjüdischer Personen beim Schächten anlange, so werde nur der eigentliche Schächtschnitt als rituelle Handlung betrachtet, nicht aber das Niederlegen der Tiere und andere Vorbereitungsmaßnahmen, die auch von anderen Personen als von jüdischen Kultusbeamten vorgenommen werden können. Das Schächten ist seit 1924 nur mehr in einer bestimmten Abteilung des Schlachthofes gestattet. Die Vorarbeiten werden durch geschulte Lohnschlächter unter Aufsicht der Hallenmeister durchgeführt. Eine Änderung in dieser Hinsicht würde die sachgemäße Durchführung des Schächtens gefährden.

St.-R. Fiehler (N.S.) bemerkte, daß die Tierquälerei beim Schächten gerade auch in den Vorbereitungsmaßnahmen läge, die den Tieren viele Qualen auferlege. St.-R. Würz (B.Vp.) erinnerte daran, daß während des Krieges die Einstellung des Schächtens vom Stadtrat beschlossen wurde, daß aber das Verbot von der Kreisregierung sofort aufgehoben wurde. Die Schlachthofdirektion könne nicht anders als sich auf die gesetzlichen Bestimmungen stützen, wonach es nicht statthaft ist, solches Fleisch als minderwertig zu erklären. Die Stadt würde sich einer Unzahl von Prozessen und Schadenersatzansprüchen aussetzen, wenn sie im Sinne des Antrages verfahren wollte. München habe als einzige Stadt die Kontingentierung der Schächtungen eingeführt, wie sie der Zahl der koscher lebenden jüdischen Familien entspräche. St.-R. Zuber (D.N.) erklärte das Schächten ebenfalls als eine Tierquälerei. Der Antrag der Nationalsozialisten sei durchaus begründet. St.-R. Fuchs (Fr.A.G.) hob hervor, daß bei einem Versuch mit dem elektrischen Betäubungsverfahren im Schlachthof 35 Rabbiner anwesend gewesen seien, die gegen die Anwendung dieser Methode beim Schächten nichts einzuwenden gehabt hätten. Nach seiner Auffassung wären gewiß mindestens zwei Drittel der jüdischen Bevölkerung mit der elektrischen Betäubungsmethode einverstanden. St.-R. Dr. Berthold (B.Vp.) machte darauf

aufmerksam, daß nach Beschluß des Landtages der Betäubungszwang eingeführt werden solle, und meinte, daß dies auch dem Stadtrat für sein Verhalten als Richtschnur dienen könnte. Das Schächten ohne Betäubungszwang sei zweifellos keine moderne Schlachtmethode mehr. St.-R. Fiehler betonte noch, daß doch durch Gesetz die Tierquälerei verboten sei. Bedauerlich sei, daß die bayerische Staatsregierung seit fast drei Jahren den Landtagsbeschluß auf Einführung des Betäubungszwanges bei Schlachttieren sabotiere.

R.-R. Dr. Helmreich machte nochmals darauf aufmerksam, daß gesetzliche Bestimmungen beachtet werden müssen, auch wenn sie einem nicht passen. Wenn er das Recht hätte, würde er selbst auch das Schächten lieber heute als morgen abgeschafft wissen. Die Tiere, die in den Schlachthof gebracht werden, und das Fleisch, das aus dem Schlachthof herauskomme, sei nicht Eigentum der Stadtgemeinde. Die Stadt dürfe in das Eigentum anderer nur insoweit eingreifen, als ihr hierfür gesetzliche Unterlagen zur Seite stehen. Ein solches gesetzliches Recht habe aber im vorliegenden Falle die Stadt nicht. Oberbürgermeister Scharnagl wies darauf hin, daß die Juden Fleisch von geschlachteten Tieren als unrein erklären. Er möchte nicht, daß ein deutsches Gesetz nach jüdischen Begriffen ausgelegt werde, und daß der jüdische Begriff der Unreinheit für ein deutsches Gesetz maßgebend sein solle.

Bei der Abstimmung wurden die nationalsozialistischen Anträge gegen die Stimmen der Antragsteller und der Deutschnationalen, im letzten Absatz auch gegen die Stimmen der Stadträte Dr. Berthold und Wagner (B.Vp.) abgelehnt.

Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung geht über einen Schächtverbotsantrag zur Tagesordnung über

Frankfurt a. M., 25. Februar. (JTA.) Im Rahmen der Etatberatungen der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hat der nationalsozialistische Stadtverordnete Gemeinder folgenden Antrag eingebracht: „Die leider immer noch übliche brutale Art der Schächtung von Großvieh ohne vorherige Betäubung ist auf Grund aufmerksamer Beobachtungen aus moralischen und sachlichen Gründen zu verwerfen. Es wird daher beantragt, 1. durch eingehende Prüfung an Ort und Stelle ist sofort unter Hinzuziehung hervorragender Sachverständiger ein Gutachten vorzubereiten mit dem Ziele des Schächtverbots; 2. der Stadtverordnetenversammlung ist alsbald eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Die Stadtverordnetenversammlung ging über den nationalsozialistischen Antrag zur Tagesordnung über.

Der Zionismus und die jüdische Frau

Am 5. Februar 1929 sprach Frau Rabbiner Dr. Levy (Regensburg) in der Vortragsreihe des „Zionistischen Arbeitskreises Würzburg“ über das Thema: „Romantik oder Renaissance“, das die Rednerin mit besonderer Betonung der Aufgabe der jüdischen Frau behandelte. Aus den interessanten Ausführungen, die einer weiteren Öffentlichkeit bekannt zu werden verdienen, seien folgende Gedankengänge festgehalten:

Es ist kein Zweifel, daß das gegenwärtige Judentum sich mitten in einer historischen Umwälzung befindet. Derartige Evolutionen werden entweder aus einem als unerträglich empfundenen Druck oder einem neuen Weltbild religiöser, ethischer oder sozialer Art geboren. Die jüdische Geschichte kennt seit langer Zeit keine derartige Umwälzung, da der äußere Druck zwar empfunden wurde, aber den geistigen Kern des Judentums nicht berührte. Dieser geistige Kern ist jedoch, seit die Ghettomauern gefallen sind, bedroht — die religiöse Bindung beginnt zu schwinden. Assimilation und Reform führen zu einer weitgehenden Zersetzung.

Die Reaktion blieb nicht aus. Die Frage war und ist: wird sie zu einer wirklichen Renaissance führen oder auf halbem Wege stehen bleiben und in Romantik verfließen? Dies ist die Schicksalsfrage unserer Generation, vielleicht die tiefste Ursache der jüdischen Krisis der Gegenwart. Romantik ist Seelenhaltung der Sehnsucht, die in diesem Sehnen stehen bleibt. Ein Traumland wird als Wunschbild kultiviert, ohne daraus eine Zukunft zu gestalten; Romantik wird auch leicht zur Reaktion, wenn sie ihr Bild der Vergangenheit aller Entwicklung zum Trotz zu verwirklichen sucht. Renaissance meint dagegen die Wiederbelebung der schöpferischen Kraft aus dem Geiste der Vergangenheit, Romantik meint die Vergangenheit selbst.

Zwei jüdische Bewegungen, die als Renaissancebewegungen begannen, suchten sich dem Zersetzungsprozeß entgegen zu stemmen: S. R. Hirsch sammelte den Kreis der Gesetzestreuen und gab ihnen die Parole „Thauro im Derech Erez“. Großes und Hoffnungsvolles entstand, aber die Kräfte des Milieus waren doch die stärkeren. Es gelang wohl Gesetz und Lehre zu erhalten, aber nicht das alte Judentum neu schöpferisch werden zu lassen. Da man den Mangel erkannte, wurde einem Teil der geistig Getreuesten die Renaissance schließlich zu einer romantischen Flucht in die Vergangenheit, der völlige Abschluß von aller Kultur ist ihr Ziel — aber das läßt sich auf die Dauer nicht halten und besonders die jüdische Mutter wird bei der Erziehung ihrer Kinder sehr frühzeitig bemerken, daß ein solcher Abschluß nicht zu erreichen ist.

Herzls Zionismus, die zweite jüdische Renaissancebewegung der Gegenwart, wandte sich an die Masse, die ihm, wenn auch zögernd, antwortete. Sein Judenstaat war ein romantischer Traum, sein auf „Rückkehr zum Judentum vor der Rückkehr ins Judenland“ führte jedoch zu einer

wirklichen Wiedergeburt. Hebräische Dichtung, Musik, Sprache, wurde wieder lebendig und der Aufbau des Landes schuf einen neuen Menschentyp. Dieser ist jedoch heute noch auf das Land beschränkt und kann die Galuth vorläufig nicht lebensverändernd beeinflussen. Es ist aber unmöglich, alle jüdischen Entscheidungen Palästina zu überlassen und im Privatleben ein Europäer zu bleiben. Auch hier entsteht die Frage: sollen wir in der Romantik verharren oder zur Renaissance kommen? An diesem Punkte, wo nach Ansicht der Rednerin dem Manne die Fahne entglitten ist, hat die Aufgabe der jüdischen Frau einzusetzen. Sie muß die geistige Krise des Zionismus, die sich bei der Jugend am stärksten bemerkbar macht, überwinden helfen, indem sie alle ihre milieuschöpferischen Kräfte aktiviert. Sie muß sich mit den speziellen weiblichen Problemen des Palästinaaufbaues befassen, aber auch in der Galuth an der Vertiefung ihrer jüdischen Bildung arbeiten, um so am Neuaufbau der jüdischen Familie mitzuwirken.

Aus der Berliner Jüdischen Gemeinde

Berlin, 19. Februar. (JTA.) Die Repräsentantenversammlung der Berliner Jüdischen Gemeinde nahm in ihrer Sitzung am Montag, dem 18. Februar, die Wahl des Präsidiums für die diesjährige Sitzungsperiode vor. Nachdem zehn Stimmen für den bisherigen Vorsitzenden, Geheimrat Julius Stern (Religiöse Mittelpartei), und zehn Stimmen für den vormaligen Vorsitzenden, Rechtsanwalt Heinrich Stern (liberal), abgegeben wurden und ein Repräsentant sich der Stimme enthielt, entschied das Los für Geheimrat Dr. Julius Stern. Dr. Klee stellte den Antrag, zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Heinrich Stern zu wählen, Professor Türk erklärte aber namens der liberalen Fraktion, daß sich diese, wie schon in der vorjährigen Periode, an der Wahl des Büros nicht mehr beteiligen wolle, nachdem ihr als der größten Fraktion die Stelle des ersten Vorsitzenden nicht eingeräumt wurde. Daraufhin wurde Rechtsanwalt Dr. Klee zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die Wahl des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wird in der nächsten Sitzung vorgenommen werden.

Auf eine Anfrage der Jüdischen Volkspartei wegen der Anlage eines Sportplatzes wurde vom Vorstandstisch durch Herrn Caspary die Auskunft erteilt, daß nach den zum Abschluß gebrachten Verhandlungen mit dem Berliner Magistrat demnächst ein großes Sportgelände in der Nähe des Funkturms den jüdischen Sportverbänden als Sportplatz der Berliner Jüdischen Gemeinde zur Verfügung gestellt werden würde. Die Anfrage der Volkspartei, welche Maßnahmen der Gemeindevorstand zur Kohlenversorgung der ärmeren Bevölkerung bei diesen abnormalen Witterungsverhältnissen getroffen habe, beantwortete der Vorsitzende des Vorstandes, Herr Kareski, dahin, daß zunächst 10 000 Reichsmark für Kohlenanschaffung bewilligt seien, daß aber, wenn das Bedürfnis sich steigern sollte, selbstverständlich über diese Summe hinaus gegangen werden würde. Aus der Reihe der erfolgten Bewilligungen, seien erwähnt eine Bewilligung für die jüdischen Fallaschan, die in Deutschland ihre Ausbildung erfahren, und eine für das Lehrgut des deutschen Misrachi in Rodges.

Die vom jüdischen Schulverein begründete Volksschule in der Rykestraße wurde auf den Gemeindeetat übernommen, wobei ausdrücklich hervorgehoben wurde, daß die Eigenart der Schule bewahrt bleiben solle, und daß durch den Schulvorstand für sie ein besonderes Kuratorium geschaffen werden würde.

In der Angelegenheit der Errichtung eines Lehrstuhls der Berliner Jüdischen Gemeinde an der hebräischen Universität in Jerusalem wurde eine Kommission gewählt, die aus der Gemeindeverwaltung durch die Herren Dr. Klee, Dr. Kollenscher und Professor Türk besetzt wurde, und zu der außerdem noch die Herren Dr. Baeck und Professor Elbogen zugewählt wurden. Das Komitee soll das Recht der Kooptition erhalten.

Eine eingehende Diskussion erhob sich über die Frage, ob in der neuerbauten Synagoge in der Prinzregentenstraße die Verteilung der Sitze so angeordnet werden solle, daß auch weibliche Familienangehörige neben den Männern ihren Platz finden sollen. Es waren zu diesem Zwecke rabbinische Gutachten eingegangen, bei denen von den liberalen Rabbinern Dr. Bergmann, Dr. Wiener, Dr. Warschauer, Dr. Lofkowitz und Dr. Weisse sich gegen jede Änderung gegenüber dem bisherigen Modus und die Rabbiner Dr. Weyl, Dr. Blumenthal und Dr. Galliner für das unterschiedlose Zusammensitzen der Geschlechter in der Synagoge aussprachen. Der Vorschlag des Herrn Dr. Baeck trägt einen vermittelnden Charakter dahingehend, daß er nicht das unterschiedlose Zusammensitzen befürwortet, wohl aber die Möglichkeit gewahrt wissen will, daß Familienmitglieder nebeneinander Plätze finden. An der sehr lebhaften Diskussion beteiligten sich die Herren Rechtsanwalt Heinrich Stern und Direktor Gutmann von liberaler Seite, von volksparteilicher Seite die Herren Landgerichtsrat Rau, Prof. Löwe, Dr. Klee und Frau Wagner-Tauber. Von der Mittelpartei äußerte sich Rabbiner Weisse, von konservativer Seite Herr M. A. Loeb. Die Vorlage des Gemeindevorstandes wurde schließlich mit zehn gegen neun Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen. Für das Zusammensitzen stimmte geschlossen die liberale Fraktion, dagegen ebenso geschlossen die Fraktion der Jüdischen Volkspartei und die beiden Herren der Mittelpartei. Der Stimme enthielten sich der Paole Zionist Dr. Oskar Cohn und der Konservative M. A. Loeb.

CHAIM LEDERERS RÜCKKEHR

VON SCHALOM ASCH

Autorisierte Übertragung aus dem Jiddischen von Siegfried Schmitz

8. Fortsetzung

„Was redest du da, Chaimleben?“ — Sara erinnerte sich plötzlich des alten Kosenamens ihres Mannes und kniff sich in die Wangen, wie sie es früher getan hatte, wenn im Hause ein Unglück geschehen war. — „Es wäre doch ein Glück für das Kind, ein großes Glück, in die Familie Nürnberger hineinzuheiraten. Und unsere Position in der Gesellschaft wird eine ganz andere werden, wenn wir uns mit den Nürnbergers verschwägern. Dadurch steigen wir höher in der Gesellschaft. Sie gehören doch zur höchsten Aristokratie.“

Lederer sah seine Frau lange an; er erkannte sie nicht. War das seine Frau? War das seine Sure, die mit ihm zusammen Hemden genäht, die ihm mit der Küchenschürze den Schweiß von der Stirne gewischt hatte, wenn er am Abend von der Arbeit kam? War das die liebevolle, sorgliche jüdische Frau, die um ihn so beschäftigt, so besorgt gewesen war in jenen Jahren, da sie beide das Geschäft begründeten?...

„Warum schaust du mich so an: Kennst du mich nicht? Was für Augen er macht! Ich habe wirklich Angst vor ihm!“

„Nichts, nichts!“ — Er ging in sein Zimmer.

*

Endlich kam der große Tag, richtiger — der große Abend des Besuches. „Offiziell“, hieß es, daß die Eltern der jungen Leute einander kennenlernen wollten. Aus diesem Grunde war niemand von der Familie geladen, auch Morris nicht. Die Väter und Mütter sollten sich besser befreunden. Es war eine intime Zusammenkunft der Eltern. Sogar Stella sollte ursprünglich nicht anwesend sein. Doch weil man befürchtete, der Vater könnte in letzter Stunde etwas anstellen und die ganze Sache zerstören, blieb Stella, um ihn gegebenenfalls von einem unüberlegten Streich abzuhalten.

Als Lederer an diesem Abend seine Frau ansah, erkannte er sie nicht; Samt, Seide, Brillanten, Perlen — das war nicht so ungewöhnlich. Doch ihre Frisur und das kurze Kleid!... Sie kam ihm wie eine alte Köchin vor: „Wie kommt diese Frau zu mir? Wo ist ihre jüdische Anmut, die Anmut der Armut, der Züchtigkeit, die damals auf ihr lag und mein Herz so zu ihr zog, daß es mich wie mit der Peitsche zur Arbeit für sie trieb, um ihr den Lebensunterhalt zu schaffen, um ihr ein besseres Leben zu geben?“ — fragte sich der alte Lederer...

Frau und Tochter bestanden durchaus darauf, daß der Vater den Smoking und ein steifes Ballhemd anlegen sollte.

„Ich gehe doch nirgends hin, ich bin doch bei mir zu Hause!“ — wandte der Alte ein.

„So ist es in allen aristokratischen Häusern üblich. Zum Abendessen trägt man Smoking“ — war die Antwort und Lederer mußte sich fügen.

Frau und Tochter kleideten ihn um, und führten ihn in das neu möblierte Gesellschaftszimmer, wo der vlämische Ritter mit der ausgeriebenen Nase ernst aus dem großen Wandteppich niederblickte.

8. Kapitel.
DER UMGESTÜRZTE TOPF.

Gegen neun Uhr abends — um der Zusammenkunft der beiden Elternpaare einen intimeren Charakter zu geben, fand der Besuch am Abend nach dem Souper, nicht zur gewöhnlichen Teestunde statt — fuhr vor der Villa Lederer der große Packardwagen der Nürnberger vor: Mistreß Lederer wollte den Gästen in die Vorhalle entgegengehen, doch Stella ließ das nicht zu:

„Mama muß auf ihrem Platz sitzen bleiben und die Gäste in ihrem Sessel im Gesellschaftszimmer empfangen.“

Dafür nahm sie den Vater unterm Arm, nachdem sie ihn wie ein eigensinniges Kind, dessen man nicht sicher ist, mit sanftem Lächeln, Streicheln und einem „Liebster Papa!“ freundlich gestimmt hatte, und führte ihn in die Vorhalle, um die Gäste zu empfangen.

Nürnberger, ein alter würdiger Herr jüdischdeutscher Herkunft, mit kurzem weißem Spitzbart, einer langen schmalen Nase, trug Smoking mit weißer Nelke im Knopfloch;

Frau Nürnberger, eine kleine, zierliche Dame mit feinen Manieren, war mit raffinierter Einfachheit in vornehmes Schwarz gekleidet und trug keinerlei Schmuck außer einer Perlenschnur um den Hals. Beide benahmen sich überaus natürlich und ungeziert und traten der Familie Lederer mit so selbstverständlicher Einfachheit entgegen, als träfen sie alte Bekannte. Dagegen konnte Frau Lederer nicht gleich den richtigen Ton finden; trotz Stellas strengster Instruktion nahm sie das Ehepaar Nürnberger mit herzlicher, aber zu übertriebener Begeisterung auf, die ihre überwältigende Freude über den Besuch zu deutlich verriet...

In den bequemen tiefen Fauteuils des warmen vornehmen Gesellschaftszimmers, von dessen Rückenwand der Ritter niederblickte, kam das Gespräch der Männer viel leichter, natürlicher und lebhafter in Gang als das der Frauen, obwohl ihre Konversation sich ausschließlich auf trockene, nahezu geschäftliche Themen beschränkte. Und als Stella einen Blick nach der Seite warf, wo der Vater saß, und sah, daß die beiden Männer sich unterhielten und anscheinend Interesse aneinander fanden, wurde sie viel ruhiger und ihre Augen strahlten vor Glück. Lederer besaß jenes würdevoll vornehme Selbstbewußtsein, das all jene Menschen in sich fühlen, die alles sich selbst zu verdanken haben. Er wurde von Nürnberger nicht in den Schatten gestellt. Dabei kam ihm auch seine kaufmännische Erfahrung zunutze, die ihn im Umgang mit Menschen stets den richtigen Ton und die richtige Haltung finden und seine Worte jeder Situation entsprechen ließ. Überdies besaß der alte Lederer genügend Intelligenz, um sich selbst mit seinem schlechten „East-Side-Englisch" (wie es die Kinder spöttisch nannten) Achtung und Respekt zu verschaffen.

Mit den Damen dagegen ging es nicht so leicht, wie Stella es gewünscht hätte. Da half selbst Stellas Eingreifen nicht. Schuld daran war ihre Mutter, die in den selbstverständlichen, einfachen Konversationston, den Mistreß Nürnberger so natürlich handhabte, nicht einfallen konnte; sie war bald zu warm, bald zu kühl, oder — sie übertrieb. Stella hielt das Gespräch der Väter für wichtiger als das der Mütter und das beruhigte sie.

Als der Tee serviert wurde, den zwei Mädchen in weißen Schürzen, mit weißen Schleifen im Haar auftrugen (Stella hatte zuerst daran gedacht, für den Abend einen Kellner mit weißen Handschuhen aufzunehmen; doch ihr natürlicher Verstand hatte ihr gesagt, das würde übertrieben wirken, und sie war bei den zwei Hausmädchen geblieben), erzählte Frau Lederer der Nürnberger von großen Philantropischen Plänen, mit denen ihr Mann sich trug und deren Durchführung zuliebe er sich eigentlich vom Unternehmen zurückgezogen hatte. Sie erzählte unter anderem, ihr Mann projektiere die Gründung eines — natürlich kleinen Altersheimes für seine Landsleute; im weiteren Ablauf dieses Themas erfand sie noch einige Projekte und Pläne ihres Mannes, um derentwillen er das Unternehmen seinen Kindern übergeben hatte.

„Er hat" — fügte sie hinzu — „bis jetzt für sich gearbeitet, jetzt will er darangehen etwas für andere zu tun, für seine armen Landsleute. Er kann sich das erlauben."

Mistreß Lederer erörterte die philantropischen Pläne ihres Mannes so laut, daß dieses Thema von den Frauen auf die Männer übersprang. Der alte Nürnberger, der streng religiös war, gewann Interesse an Lederers Plänen und sprach ihm seine Anerkennung aus, daß er sich diesen edlen Zwecken zuliebe so früh vom Geschäft zurückgezogen hatte:

„Wollte Gott, ich könnte mir das erlauben. Doch ich kann es noch nicht. Das Geschäft braucht mich noch."

„Ich habe mich nicht philantropischen Zwecken zuliebe vom Geschäft zurückgezogen", — stellte Lederer richtig — „sondern weit mehr aus anderen Gründen. Der Mensch muß doch auch ein anderes Ideal haben, nicht bloß das Geschäft. Sonst würde sich das ganze Leben nicht lohnen. Was ist denn der Sinn des Lebens?"

Der alte Nürnberger hatte Verständnis dafür und nickte andächtig mit dem Kopf:

„Ja, Mister Lederer hat Recht; das Leben muß noch etwas anderes bieten als bloß das Geschäft. Ich beneide Mister Lederer darum, daß er es sich leisten kann, seine Tagesarbeit aufzugeben und sich dem wahren Sinn des Lebens zu weihen."

„Mein ganzes Leben habe ich gearbeitet", — fuhr Lederer erklärend fort. — „Nicht weil ich die Arbeit liebte. Was kann man schon, daß Gott erbarm', am Hemdennähen lieben? Erst haben wir sie allein genäht, ich, meine Frau und mein ältester Sohn. Ganze Nächte waren wir wach, meine Frau und ich, und haben Hemden genäht. Dann haben andere für uns genäht, erst ein paar Dutzend Leute, dann Hunderte. Was für einen Zweck hat es? Schön, ich habe jetzt Geld. Mein Leben lang habe ich darnach gestrebt, für den nächsten Tag das Mittagessen zu haben und mein sicheres Bett, aus dem man mir die Kissen nicht fortträgt... Und wenn ich gesichert bin, dann will ich das richtige Leben anfangen. Nun, ich bin schon gesichert; was weiter?"

Nürnberger hörte Lederer ernsthaft zu. Lederer hatte an Nürnberger Gefallen gefunden; er sah in dem alten Mann, obwohl er ein „Deutscher" war, doch einen Geschäftskameraden und schüttete vor ihm sein ganzes Herz aus, erzählte ihm von seiner Armut, als er noch ein Arbeiter war, und von seinem Streben nach Reichtum. Sein Ziel hatte er erreicht. Was nun?

Mistreß Lederer geriet in arge Verlegenheit durch die Offenherzigkeit ihres Mannes gegen Nürnberger. Sie wollte in das Gespräch eingreifen, es unterbrechen und auf ein anderes Thema ablenken. Doch Lederer war von dem offenherzigen Gespräch so angeregt und Nürnberger hörte ihm so ernst und verständnisvoll zu, daß es unmöglich war, die beiden von diesem Thema abzubringen. Lederer hatte so wenig Menschen, denen er sein Herz ausschütten konnte, daß er, als Nürnberger ihm verständnisvoll zuhörte, der Meinung war, der alte Herr, der neben ihm saß, sei ein alter Freund.

Mistreß Lederer litt Höllenqualen. Sie biß sich die Finger wund, versuchte ihren Mann mit Winken und Gesten zu bändigen, doch vergebens. Und Stella — Stella war über und über rot geworden, als wäre sie bei einem Diebstahl oder einem noch ärgeren Verbrechen ertappt worden; sie traute sich nicht, die Augen zu erheben.

Doch Frau und Tochter waren ganz unnötig erschrocken. Im Gegenteil, gerade die Offenherzigkeit, mit der Lederer dem künftigen Schwiegervater seiner Tochter entgegentrat, brachte die beiden fremden Menschen, die einander zum ersten Male begenet waren, näher. Die Mine des alten Nürnberger drückte so viel Sympathie, so viel Verständnis für Lederers Leiden und Suchen aus, daß die zwei alten Herren einander sich unwillkürlich die Hände reichten; so schienen sie zwei alte gute Freunde zu sein, die das Leben und seine Leiden zusammen durchgemacht haben und einander Rechenschaft über ihr Werk geben. Das sympathische und herzliche Mitgefühl, das in Nürnbergers Gesicht zu lesen war, beruhigte Stella ein wenig und Frau Lederer gewann allmählich ihre Haltung wieder.

Der alte Nürnberger begann dem alten Lederer Trost zuzusprechen:

„Aber jetzt müssen Sie doch glücklich sein, Sie, der Sie Ihr Leben mit eigener Hand geschmiedet haben."

„Doch worüber soll ich eigentlich glücklich sein? Worüber? Worüber?"

„Zum mindesten darüber, daß Sie jetzt an eine so wichtige Aufgabe herantreten, an die philantropische Arbeit, von der Ihre Frau gesprochen hat."

„Aber das reden sie mir alle ein. Mein Sohn würde es wünschen, dem Geschäfte zuliebe; er sagt, vom Geschäftsstandpunkt sei Philantropie eine rentable Sache, da es für die Firma Reklame macht. Man kann aber doch nicht alles bloß fürs Geschäft tun. Ich bin doch deshalb aus dem Unternehmen ausgetreten, um etwas anderes zu machen als ‚business'. Und wenn man es recht nimmt, was ist Wohltätigkeit? Gewiß, Wohltätigkeit ist eine gute Sache, eine edle Sache, aber warum soll ich Wohltätigkeit üben? Wie komme ich zu der Auszeichnung, daß ich der ‚Geber' sein soll und der andere der ‚Empfänger'? Warum nicht umgekehrt?"

Das klang in Nürnbergers Ohr schon ein wenig „fremdartig", ein wenig „east-sidemäßig" und nicht ganz verständlich, auch ein bißchen „nihilistisch". Doch dem alten Nürnberger war noch nicht völlig klar, was Lederer damit sagen wollte.

„Ja", — begann er langsam — „da nun einmal Gott seine Welt so geschaffen hat, daß es darin ‚Geber' und ‚Empfänger' geben soll, werden wir sie nicht ändern, Mister Lederer. Da ist es wahrhaftig schon besser, daß wir die ‚Geber' sind statt die ‚Empfänger' " — so versuchte der alte Nürnberger das Gespräch auf einen gangbaren Pfad zu lenken.

„Das bilden wir uns ein, weil es bequemer ist, Geber zu sein. Wie Gott die Menschen erschaffen hat, da hat er alle gleich geschaffen, keine ‚Geber' und keine ‚Empfänger'. Wenn Wohltätigkeit geübt werden soll, dann müssen wir alles hergeben."

Das klang schon anarchistisch und gefährlich. Der alte Nürnberger runzelte bereits seine schöne hohe Stirn und fragte ein wenig düster:

„Übrigens — ich habe vergessen Sie zu fragen, Mister Lederer: welcher Synagoge gehören Sie denn eigentlich an? Oder beten Sie noch immer zusammen mit Ihren Landsleuten, wie es bei euch polnischen und russischen Juden Brauch ist? Übrigens ein schöner Brauch!"

„Ich gehöre keiner Synagoge an."

„Sie gehören keiner Synagoge an? Und wo beten Sie? Welches ist Ihre Gemeinde?"

„Ich habe Ihnen schon gesagt, Mister Nürnberger — ich gehöre zu keiner Gemeinde und ich bete nicht."

„Sie beten nicht, Mister Lederer? Nicht am Sabbat und nicht an den Feiertagen? Wieso? Wie meinen Sie das? Das ist doch nicht möglich!"

Bleierne Stille legte sich auf die Gesellschaft, in der nur der schwere Atem der fünf Menschen zu hören war.

„Lederer ist ein komischer Kauz, Mister Nürnberger. Er spricht so, denn er liebt die Synagoge nicht. Er kommt ja aus Rußland und dort gibt es keine Synagogen. Doch mein Sohn, der betet schon in einer Synagoge.“ So versuchte Mistreß Lederer die Situation zu retten.

Doch Nürnberger lag nichts mehr daran, ob die Familie Lederer sich getroffen fühlte oder nicht, und ganz gegen seine Gewohnheit und im Gegensatz zu seinem stets taktvollen Benehmen wurde er plötzlich unangenehm, fast unhöflich.

Das Gespräch plätscherte noch eine Weile in Belanglosigkeiten dahin, doch alle sahen ein, daß es für niemanden mehr von Interesse und von Nutzen war, außer für Frau Lederer und Stella. Und so sehr sich der alte Nürnberger auch bemühte, seinen Ärger über die fatale Zusammenkunft zu unterdrücken, es ging nicht.

„Ich glaube — es wird für meine Frau höchste Zeit heimzugehen,“ — sagte der alte Nürnberger —, „sie fühlt sich in der letzten Zeit nicht ganz wohl.“

Als das Ehepaar Nürnberger gegangen war, brach Stella in ein bitteres stoßweises Schluchzen aus; ein aus tiefer Wunde blutendes Herz war in diesem Schluchzen zu fühlen.

„O Mutter, warum hat er mir das angetan? Warum? Warum?“

Und dann:

„O wäre ich doch lieber gar nicht geboren worden, als bei solchen Eltern!“ — mit diesem Aufschrei lief sie in ihr Zimmer, dem Selbstmord nahe.

Lederer stand wie ein Schuljunge da, der zu Unrecht beschuldigt wird:

„Was habe ich denn getan?“

„Was du getan hast? Was du getan hast?!“ — in den Augen seiner Frau brannte ein Feuer, das Lederer bisher nie gesehen hatte.

„Habe ich denn nicht die Wahrheit gesagt?“ — fragte er, wie um sich zu verantworten.

„Freilich hast du die Wahrheit gesagt!“ — verächtlich ahmte seine Frau den Ton ihres Mannes nach, wie es Lederer vorkam, mit ihrer ganzen „Köchinnenwut“. — „Für sein Kind sagt man Lügen, nicht die Wahrheit! Du willst ein Vater sein? Ein Rabenvater bist du!“ — Sie warf ihm alle Schimpfworte der alten Heimat an den Kopf, im Idiom der alten Heimat, das bei solchen Gelegenheiten auch jetzt noch im Hause auflebte, und ließ ihn allein im Gesellschaftszimmer, von dessen Rückwand ernst der Ritter niederschaute.

9. Kapitel.

DER SOHN BELEHRT DEN VATER.

Einige Tage später stattete Morris dem Vater einen unerwarteten Besuch ab. Lederer war erstaunt: was bedeutet dieser Besuch? Schon bisher waren Vater und Sohn einander höchst selten begegnet und am wenigsten erwartete Lederer gerade jetzt eine Begegnung. Dazu trug dieser Besuch einen sehr ernsten, geradezu amtlichen Charakter. Das war deutlich zu erkennen: Frau Lederer war im Zimmer geblieben und empfing den Sohn schweigend, wie man einen Kondolenzbesuch empfängt; die Tochter war an diesem Abend ebenfalls zu Hause, was höchst selten vorkam, und saß gleichfalls schweigend im Zimmer; sogar der jüngere Sohn, den Lederer schon seit Monaten nicht gesehen hatte, hatte sich eingefunden, traute sich aber nicht in das große Speisezimmer zu kommen, sondern blieb in einem Nebenzimmer. Offenbar sollte ein „Familienrat“ stattfinden, von dem Lederer gar nichts wußte. Der Alte schlürfte bedächtig sein Glas Tee und tat, als bemerkte er den Sohn, der so plötzlich hereingeschneit war, gar nicht und als ginge ihn der ganze Aufmarsch der Kinder nichts an. Die übrigen schwiegen, und es herrschte drückende Stille wie nach einem großen Unglück. Schließlich wurde Lederer des Schweigens und der feierlichen Mienen, die seine Leute aufgesetzt hatten, überdrüssig und er begann:

„Also, was hast du mir zu sagen? Was ist geschehen?“

„Was soll geschehen sein? Gar nichts!“ — erwiderte der Sohn mit gemachtem Lächeln.

„Wozu bist du hergekommen?“

„Ich bin gekommen, um Vater zu sehen, Mutter zu sehen, nichts weiter.“

„Nichts weiter? Aha! Warum auf einmal?“

„Vater“, — begann der Sohn in ernstem Ton — „wir alle sind der Ansicht, Vater sollte eine Reise unternehmen, selbstverständlich zusammen mit der Mutter, etwa eine längere Reise nach Kalifornien oder eine Europareise. Wir glauben, das würde Vater sehr gut tun.“

„Was heißt gut tun? Bin ich krank oder Gott weiß was? Und warum wegfahren? Übrigens — seit wann kümmerst du dich plötzlich um den Gesundheitszustand deines Vaters?“

„Ich bin nicht hergekommen, um mit Vater zu streiten, ich bin gekommen, um zu sehen, wie es um Vater steht“ — antwortete der Sohn sehr ernst.

Der alte Lederer erbleichte. Mühsam hielt er einen Wutausbruch zurück.

„Wie es um mich steht?“ Fortsetzung folgt.

Der Antrag der Volkspartei, den 22. August, an dem ein allgemeiner von dem Reichsminister Severing angeordneter „Tag des Buches" stattfinden soll, auch für das jüdische Buch nutzbar zu machen, fand einstimmig Annahme. Der Vorstand wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen vorzuschlagen. Für die Mazzoth-Versorgung der Juden in Rußland wurde eine größere Summe bewilligt. Ein Antrag der Liberalen Fraktion, eine größere Anzahl jüdischer Krankenpflegerinnen für die private Heilpflege in Berlin auszubilden, soll in der nächsten Sitzung beraten werden.

Berlin, 20. Februar. (JTA.) Am 5. Februar wurde der Verein „Mensa academica judaica" in Berlin gegründet, der den jüdischen Studierenden aller Berliner Hochschulen einen rituellen Mittagstisch gewähren will.

Die Mensa wird in den Räumen Hackescher Hof, Rosenthalerstraße 40/41, bei genügender Beteiligung bereits im März, sonst zu Beginn des Sommersemesters 1929 eröffnet werden.

Berlin, 19. Februar. (JTA.) In der Grolmannstraße zu Charlottenburg wurde am Sonntag unter ungemein großer Beteiligung des intellektuellen jüdischen Berlin das neue „Betham-Iwri" eröffnet, das den Mittelpunkt für die hebräischen Kulturbestrebungen in Berlin bilden soll. Eine Reihe wohnlich und mit künstlerischem Geschmack eingerichteter Räume wird dem Unterricht gewidmet sein; es sind Räume für die hebräischen Klubs, die Spielabende, die Lesehalle, die Bücherei usw. vorhanden.

Der Vorstand der Vereinigung für das liberale Judentum gegen Beteiligung an der Jewish Agency

Berlin, 25. Februar. (JTA.) Nachdem seit längerer Zeit innerhalb der Vereinigung für das liberale Judentum in Deutschland Diskussionen inoffizieller Art über die Frage der Beteiligung der Vereinigung an der erweiterten Jewish Agency stattgefunden haben, hat sich der Gesamtvorstand der Vereinigung in seiner am 24. Februar stattgefundenen Sitzung, zu der sich nahezu sämtliche Vorstandsmitglieder aus Berlin und dem Reiche eingefunden haben, zum erstenmal offiziell mit dieser Angelegenheit befaßt. Der Vorstand hat die folgende Resolution angenommen:

Der Vorstand der Vereinigung für das liberale Judentum e. V. billigt die vom Arbeits-Ausschuß in der Frage der Erweiterung der Jewish Agency bisher unternommenen Schritte. Er lehnt eine Beteiligung der Vereinigung für das liberale Judentum an der Jewish Agency ab. Für die Stellungnahme der Vereinigung für das liberale Judentum zur Jewish Agency sind folgende Erwägungen entscheidend:

1. Nach den Bestimmungen des Palästina-Mandates ist es Zweck der Jewish Agency, Rat und Mitarbeit zu gewähren bei der Errichtung des jüdischen nationalen Heims. Im Palästina-Mandat ist ausdrücklich bestimmt, daß durch die „Errichtung eines nationalen Heimes für das jüdische Volk in Palästina" „die historische Verknüpfung des jüdischen Volkes mit Palästina und die Grundlage für die Wiedererrichtung seines nationalen Heimes in diesem Lande anerkannt sind". Der Vorstand betont gegenüber der in diesen Formulierungen niedergelegten Auffassung wiederholt, daß die Vereinigung für das liberale Judentum im Judentum eine religiöse Gemeinschaft sieht, deren Bekenner zu den verschiedensten Völkern gehören.

2. Hieraus folgt, daß dem Land Palästina in der Zukunftsgestaltung des Judentums nach liberaler Auffassung keine Sonderstellung eingeräumt werden kann. Die Palästina-Siedlung kann einen Teil der zur Behebung der Judennot erforderlichen Maßnahmen bilden; sie muß sich jedoch dem kolonisatorischen Gesamtplan einordnen.

3. Die Besiedlung eines Landes kann in der Gegenwart nicht lediglich mit historischen Gründen gerechtfertigt werden. Eine Besiedlung Palästinas darf in der Gegenwart nur im Einvernehmen mit der Bevölkerung des Landes durchgeführt werden.

Der Vorstand der Vereinigung für das liberale Judentum muß es der Zionistischen Organisation überlassen, die zur Zeit bestehenden Hindernisse für die Mitarbeit der Vereinigung zu beseitigen. Er ist überzeugt, der Befriedung des Judentums am besten zu dienen, wenn er unter den jetzigen Umständen die Zionisten den von ihnen beschrittenen Weg allein gehen läßt.

Neue Explosionen des russischen Antisemitismus

Moskau, 21. Februar. (JTA.) Die Sowjet-Nachrichtenagentur „Rosta" verbreitet einen aufsehenerregenden Bericht über die Tötung des jüdischen Jungkommunisten Bolscheminikow durch den Jungkommunisten Trofimow. Der Mörder und der Ermordete waren beide in der Metall-Fabrik zu Pskow in Weißrußland in der Nähe der lettländischen Grenze beschäftigt und gehörten der gleichen jungkommunistischen Liga an. Als Trofimow verhaftet und in ein Verhör gezogen wurde, erklärte er: „Ich tötete ihn, weil ich Russe bin und er Jude war." Als der das Verhör führende Polizeibeamte Trofimow darauf aufmerksam machte, daß die von ihm gegebene Begründung des Mordes unsinnig sei, erwiderte Trofimow: „Ich sagte ja nur etwas Selbstverständliches, was ist denn so Ungewöhnliches dabei?"

Es stellt sich heraus, daß fünf Mitglieder der jungkommunistischen Liga bei der Ermordung Bolscheminikows durch Trofimow zugegen waren und keinerlei Anstalten trafen, Bolscheminikow beizustehen. Nach dem vollzogenen Morde besuchte Trofimow eine Versammlung im Arbeiterklub, in der über die ungesunden Symptome innerhalb der Arbeiterorganisationen diskutiert worden war.

Am Tage nach dem Morde fand eine Versammlung des Komsomol (Liga der Jungkommunisten) statt, in der die Umstände des Mordes diskutiert wurden. Mehrere Redner verteidigten den Mörder Trofimow. Dennoch beschloß die Mehrheit, Trofimow aus der Liga auszuschließen.

Die Ermordung Bolscheminikows war der tragische Schlußakt einer langen Periode der Verfolgung, der er, der Jude, seitens seiner nichtjüdischen Arbeitskollegen ausgesetzt gewesen war. Er hatte sich wegen der Verfolgungen bei dem kommuni-

stischen Fabriks-Kollektiv beschwert, das Kollektiv weigerte sich aber, irgendeine Maßnahme zu seinem Schutze zu ergreifen. Außer Trofimow wurden zwei weitere junge Kommunisten, Kunitzin und Gurin, wegen Beteiligung an der Verfolgung Bolscheminikows verhaftet.

Die Bestattung Bolscheminikows gestaltete sich zu einer großen Kundgebung der Arbeiterschaft gegen den Antisemitismus. Im Kondukt wurden Tafeln mit Aufschriften getragen, in denen der Mord als ein gegenrevolutionärer Akt gekennzeichnet wurde.

Schwere Bestrafung von Arbeiter-Antisemiten und Polizisten

Moskau, 21. Februar. (JTA.) Das Gericht in Witebsk verurteilte die Arbeiter Lichidow und Radowtschenko zu je einem Jahre, vier Arbeiterinnen zu je sechs Monaten Gefängnis wegen antisemitischer Ausschreitungen gegen jüdische Arbeitsgenossen und -genossinnen in der Fabrik Dwina, in der sie alle beschäftigt waren.

In Ostrowno in der Nähe von Polozk in Weißrußland wurden der Polizist Schiglow zu vier Jahren, der Polizist Butianow zu achtzehn Monaten Gefängnis wegen schwerer Mißhandlung von Juden verurteilt.

Eine 150gliedrige Kommission untersucht den Antisemitismus in den Arbeiterkreisen

Moskau, 21. Februar. (JTA.) Der immer mehr emporkommende Antisemitismus unter den Angestellten und Beamten der Moskauer Berufsgenossenschaften und der staatlichen Magazine hat die zentrale Organisation der Angestellten veranlaßt, eine eingehende Untersuchung unter allen kommunistischen Zellen, Arbeiterklubs und technischen Schulen Moskaus über die Ursachen des Antisemitismus durchzuführen. Eine aus 150 Mitgliedern bestehende Kommission wurde zu diesem Zwecke eingesetzt.

Das zentrale Organ der Sowjetregierung „Prawda“ führt darüber Klage, daß der Antisemitismus in den Arbeiterkreisen mit eine Ursache ist, daß die zionistische und sonstige nationalistische Bewegung unter den jüdischen Massen sich immer mehr verstärkt. Auf diese Weise, schließt die Zeitung, ist der Antisemitismus ein Hindernis für die Befestigung des kommunistischen Einflusses unter den Massen des Volkes.

Zahlreiche Juden in Sowjetrußland des Wahlrechtes beraubt

Moskau, 18. Februar. (JTA.) Im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen zu den Sowjets sind sehr viele Juden aus den Listen der Wähler gestrichen worden. In einigen Städten sind fünfzig Prozent der jüdischen Bevölkerung des Wahlrechtes verlustig gegangen. Für die des Wahlrechtes Beraubten hat sich die Lage insofern traurig gestaltet, als der Verlust des Wahlrechtes in der Sowjetunion mit dem Verluste vieler anderer Rechte verbunden ist. Es wird allgemein darüber geklagt, daß die mit der Wahlregistrierung betrauten Sowjetbeamten sehr rücksichtslos vorgehen und sich zu sehr an den Buchstaben des Gesetzes halten, obgleich die übergeordneten Wahlbehörden ihnen die Weisung gegeben haben, bei Grenzfällen Nachsicht walten zu lassen. Juden, die seit drei Jahren proletarische Arbeiter sind, wurden, weil sie einst Händler waren, aus den Wählerlisten gestrichen. Das Zentralkomitee der nationalen Minderheiten befaßt sich jetzt mit dieser Angelegenheit.

Die Regierungsfinanzen in Palästina im Jahre 1929

Die Regierung veröffentlicht zum ersten Male den jährlichen Briefwechsel zwischen dem High Commissioner und dem Colonial Office in London. Der Briefwechsel geht besonders ausführlich auf die Entwicklung des Überschusses der Regierungseinnahmen ein, der von 1 380 000 Pfund Ende 1927 auf 360 000 Pfund Ende 1928 gesunken ist. Der Begleitbrief von Mr. Luke, der den Budgetvorschlag für das Jahr 1929 erläutert, gibt die Ursachen für diesen großen Rückgang an. Er führt zuerst eine Reihe allgemeiner Erscheinungen an, die das Jahr 1928 zu einem für die Regierungs-Finanzen anormalen Jahre gemacht haben (Mißernte, Nachwirkungen der Rinderpest, Heuschrecken und allgemeine wirtschaftliche Depression). Im einzelnen ist der Rückgang des frühen großen Überschusses um mehr als eine Million durch folgende größere Zahlungen der Regierung verursacht worden: 1. 206 550 Pfund Begleichung des Defizites der Militär-Administration während der Okkupation; 2. 650 000 Pfund für den Ottomanischen Schuldendienst auf Grund des Lausanner Vertrages; 3. 149 121 Pfund für Vermessungen zwecks Neuanlage eines Katasters; 4. 84 357 Pfund für die Wasserversorgung in Jerusalem, nachdem sich herausgestellt hat, daß die Stadtverwaltung von Jerusalem die Wasserversorgung aus eigenen Kräften nicht durchführen kann; 5. 12 423 Pfund für die Niederlegung von Gebäuden, die durch das Erdbeben unbewohnbar wur-

den. — Obwohl die Aussichten auf eine Erhöhung der Regierungseinnahmen im Jahre 1929 nicht ungünstig seien, betont Mr. Luke in seinem Brief, daß im Jahre 1929 gewisse Einschränkungen oder eine Erhöhung der Steuern eintreten müßten, um eine Durchführung des Regierungs-Budgets zu gewährleisten.

In seinem Antwortschreiben erwidert Mr. Amery, der Staatssekretär für die Kolonien, daß er die optimistischen Erwartungen in dem Schreiben von Mr. Luke im allgemeinen teile. Doch sei die finanzielle Lage der palästinensischen Regierung noch nicht so günstig, daß sie auf eine Politik der Einsparungen verzichten könne. Man dürfe nicht vergessen, daß Palästina, das noch vor kurzem vom Mandatar zur Unterhaltung seiner Schutzmacht erhebliche Subventionen erhalten mußte, sich überraschend schnell zu einem finanziell autonomen Lande entwickelt habe. (Ziko)

Aus der jüdischen Welt

6 Monate Gefängnis für Schändung der Düsseldorfer Synagoge

Berlin, 26. Februar. (JTA.) Vor dem erweiterten Schöffengericht wurde der zwanzigjährige Nationalsozialist Friedrich Brasseler wegen Sachbeschädigung an einem Gotteshaus und Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Brasseler war beschuldigt, vor einigen Monaten an der Düsseldorfer Synagoge mit Mennigfarbe antisemitische Aufschriften aufreizenden Charakters angebracht zu haben. Das Gericht kam zu der Erkenntnis, daß er durch Fingerabdrücke der Tat überführt sei.

Mildes Urteil gegen die jugendlichen Schänder des Gladbecker jüdischen Friedhofs

Berlin, 22. Februar. (JTA.) Vor dem Gladbecker Jugendgericht hatten sich die beiden jugendlichen Gladbecker Friedhofschänder zu verantworten, die auf dem jüdischen Friedhof, wie berichtet, eine Anzahl Grabsteine umgeworfen und beschädigt haben. Sie erhielten vier und drei Monate Gefängnis bei Anrechnung der Untersuchungshaft. Bei Ersatz des angerichteten Schadens wird ihnen eine dreijährige Bewährungsfrist für den Rest der Strafe zugebilligt.

Nationalsozialisten überfallen eine Versammlung des Central-Vereins — Die Störenfriede hinausgeworfen

Königsberg, 24. Februar. (JTA.) Am 23. Februar abends drangen die Nationalsozialisten in eine Versammlung des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in großer Zahl ein, um sie zu sprengen. Nur durch starkes Polizeiaufgebot konnte die Sprengung verhindert werden. Die nationalsozialistischen Rädelsführer wurden mit Gewalt herausgesetzt, worauf das Referat des Syndikus Arthur Schweriner ungestört erfolgen konnte. Gegen die Führer der nationalsozialistischen Sprengkolonne ist Anzeige wegen Hausfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt erfolgt.

Hakenkreuzler, die Judenblut sehen wollen, bleiben straffrei

Breslau, 22. Februar. (JTA.) Am Freitag wurden vor dem Hirschberger Landgericht der 21jährige Buchhalter Seidel und der 27jährige Lahmer aus Bolkenhain, die wegen Aufreizung zum Klassenhaß angeklagt waren, freigesprochen. Den Angeklagten war zur Last gelegt, anläßlich eines nationalsozialistischen Umzuges, der am 24. Juni 1928 in Bolkenhain stattfand, öffentlich zu Gewalttätigkeiten, vor allem gegen jüdische Mitbürger aufgereizt zu haben, und zwar besonders durch den Gesang eines Liedes mit dem Kehrreim: „Erst wenn die Juden bluten, wird Deutschland wieder frei.“ Die Angaben mehrerer Belastungszeugen ließen zweifelsfrei erkennen, daß ein Lied mit diesem Kehrreim wiederholt gesungen worden ist. Der Oberstaatsanwalt hielt deshalb den Tatbestand im Sinne der Anklage für erwiesen. Er beantragte je einen Monat Gefängnis. Es erfolgte trotzdem Freispruch „mangels ausreichender Beweise“.

Aufhebung der Immunität eines Ritualmordhetzers

München, 22. Februar. (JTA.) Der Bayerische Landtag hob die Immunität des nationalsozialistischen Abgeordneten Schemm auf, der in seinem Blatt der „Weckruf“ durch Zeichnungen und Artikel den Mord an dem Primaner Daube als „jüdischen Ritualmord“ bezeichnet hatte.

Die Kassationsverhandlung im Halsmann-Prozeß öffentlich

Wien, 14. Februar. (JTA.) Der Oberste Gerichtshof hat beschlossen, über die Frage der Kassation des Urteils gegen Philipp Halsmann in aller Öffentlichkeit zu verhandeln. Da das Urteil des Innsbrucker Schwurgerichts seinerzeit in Österreich wie im Auslande großes Aufsehen erregt hat und in juristischen Kreisen viel diskutiert wurde, sei ein Interesse der Öffentlichkeit gegeben. Es

verlautet, daß der Generalstaatsanwalt der Republik gleichfalls der Ansicht ist, daß der Prozeß vor dem Schwurgericht in Innsbruck den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprochen hat.

Der aus Riga stammende 20jährige jüdische Student Philipp Halsmann wurde vom Schwurgericht in Innsbruck unter der Beschuldigung, seinen Vater, den Rigaer Zahnarzt Halsmann, während einer Bergtour durch Hinabstoßen von einem Gratweg getötet zu haben, zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Tatzeugen waren nicht vorhanden; das Urteil erfolgte auf Grund sehr sonderbarer Indizien. Die ganze Atmosphäre des Gerichtssaals war — wie der Verteidiger Halsmanns gegenüber Vertretern der Presse erklärt hat — von Antisemitismus durchtränkt. Die Angehörigen Halsmanns zweifelten keinen Augenblick an dessen Unschuld, auch haben sich etwa hundert Bekannte Halsmanns aus seiner Dresdener Studienzeit vereinigt, um für seine Unschuld zu zeugen. In Innsbruck selbst hatte sich nach Verkündung des Urteils eine Gegenjury gebildet, der sich Universitätsprofessoren und andere Angehörige der Intelligenz anschlossen. Der Entscheidung des Wiener Kassationshofes wird in Österreich mit größter Spannung entgegengesehen.

Neues amerikanisches Fremdengesetz von noch nie dagewesener Strenge

Neuyork, 18. Februar. (JTA.) Das vom amerikanischen Kongreß soeben angenommene, von Johnson unterbreitete Gesetz wegen Ausweisung von Fremden ist das strengste seiner Art, das je in den Vereinigten Staaten in Geltung war. Nach dem Gesetze werden alle auf illegalem Wege in den letzten fünf Jahren in die Vereinigten Staaten eingewanderten Ausländer nachsichtslos ausgewiesen werden, wann und wo immer man sie fassen wird. Außerdem sind für illegal Eingewanderte schwere Gefängnisstrafen vorgesehen. Fremde, die sich des Mädchenhandels, Schmuggels usw. schuldig machen, werden ausgewiesen, auch wenn sie legal eingewandert sind.

Eine Regierungsverordnung bedroht die Autonomie von Tel Awiw

Jerusalem, 22. Februar. (JTA.) Der Oberkommissar für Palästina, Sir John Chancellor, hat eine neue Verordnung bezüglich der Gemeinde von Tel Awiw veröffentlicht, wonach der Bürgermeister und die Vizebürgermeister der Stadt nicht mehr von dem aus Urwahlen hervorgehenden Stadtrat gewählt, sondern von der Regierung ernannt werden sollen. Diese Verordnung hat unter der Bevölkerung von Tel Awiw eine energische Protestkundgebung hervorgerufen. Der Stadtrat beschloß, eine Abordnung zum Oberkommissar zu entsenden und ihn zu ersuchen, die Verordnung für ungültig zu erklären.

Die Keren-Hajessod-Eingänge im Januar 1929

Jerusalem, 20. Februar. (JTA.) Im Verlauf des Januar 1929 sind beim Hauptbüro des Keren Hajessod in Jerusalem an Spenden 30 990 Pfund eingegangen. Im Dezember waren 34 100 Pfund eingegangen. Im November betrugen die Eingänge 27 682, im Oktober 21 661, im September 31 239, im August 16 372 Pfund. In den vorangegangenen Monaten des Jahres 1928 betrug der Monatsdurchschnitt der Eingänge rund 40 000 Pfund.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

Frühling in Palästina. Die Münchener Aufführung des neuen von Keren Hajessod und Keren Kajemeth Lejisraël hergestellten Palästinafilms am Sonntag, 24. Februar, im Emelka-Film-Palast hatte ein großes Publikum angezogen, das die schönen und packenden Bilder mit sichtlichem Interesse und wachsender Begeisterung an sich vorüberziehen ließ. Der Film vermittelt einen lebendigen Eindruck von der Arbeit, den Sorgen und den Freuden der palästinensischen Bevölkerung; er bringt in ausgezeichneten Gegenüberstellungen Szenen aus dem Leben des alten und des neuen Jischuw und zeigt auch die Verhältnisse der arabischen Bewohner; teilweise hervorragende Landschaftsaufnahmen geben einen Begriff von der Natur des Landes, das sich durch die neue jüdische Einwanderung umgestaltet und nach fast zweitausendjähriger Verlassenheit einen neuen „Frühling“ erlebt. Über die Tragweite dieser Vorgänge für das jüdische Leben der Gegenwart, über die Grundlagen und die Bedeutung des großen Kolonisationswerkes orientierte in der Pause Dr. Georg Landauer mit kurzen und eindringlichen Worten.

Lehrkurse der Israelitischen Kultusgemeinde München. Am Mittwoch, dem 6. März, liest im Steinickesaal, Adalbertstraße 15, der bekannte jüdische Dichter und Maler Uriel Birnbaum, Wien, aus eigenen Werken. Beginn 8.15 Uhr.

Zionistische Ortsgruppe München. Am Mittwoch, dem 20. März veranstaltet die zionistische Ortsgruppe München im Herkulessaal, Residenz-

straße 1 (Beginn 8.15 Uhr), einen Ausspracheabend, der durch die Person des Referenten, Herrn Rabbiner Dr. Max Wiener (Berlin) und das Thema: „Volkstum und Religion" die besondere Beachtung jedes interessierten Juden verdient.

Jüdischer Turn- und Sportverein Bar-Kochba München. Am Sonntag, dem 24. März veranstaltet der Bar-Kochba ein Werbeschauturnen, an welchem sämtliche Abteilungen teilnehmen werden und das ein interessantes Bild über den Betrieb und in denselben geben wird. Die Vorbereitungen unter Leitung der Gymnastiklehrerin Frl. Armbruster und des Sportlehrers Breit sind im vollen Gange. Die Veranstaltung, die in der 1860er Turnhalle, Auenstraße 19, stattfindet, wird bestimmt großem Interesse in weitesten jüdischen Kreisen begegnen. Sämtliche Jugendliche haben freien Eintritt; von den Erwachsenen wird zur Deckung der Unkosten ein kleiner Eintritt erhoben werden.

Die Vorstandschaft.

Bar-Kochba München. Nur noch einige Wochen trennen uns von unserem großen Werbeschauturnen am 24. März in der 1860er Turnhalle. Jetzt gilt es aber keine Übungsmöglichkeit mehr zu versäumen, wenn alles so klappen soll, wie man es bei sportlichen Veranstaltungen des Bar-Kochbas gewohnt ist. Am Sonntag, dem 3. März und Sonntag, dem 10. März sind zwei Pflichtübungsstunden von 8 bis 10 Uhr vormittags in der 1860er Turnhalle, Auenstraße 19, eingelegt, in welchen sämtliche Abteilungen zusammen üben. Am Sonntag, dem 17. und Sonntag, dem 24. März vormittags von 8 bis 10 Uhr finden dann noch zwei Hauptproben statt. Daneben sind die sonstigen Übungsmöglichkeiten wie immer für die Damen Abteilung I Montag von 7 bis 8 Uhr, Abteilung II anschließend von 8 bis 9 Uhr; für die Herren Dienstag von halb 8 bis 9 Uhr, für die Mädchen Montag von 6 bis 7 Uhr, für die Knaben Dienstag von 6 bis halb 8 Uhr jeweils in der Luisenschule. Die Sportkleidung für die allgemeinen Freiübungen sämtlicher Abteilungen ist für die Damen schwarze Hose, schwarzes Trikot mit Mogen Dovid und Turnschuhe ohne Strümpfe; für die Herren weiße Hose mit Bändern, weißes Leichtathletiktrikot mit Mogen Dovid, Turnschuhe ohne Strümpfe. Auskünfte erteilen die Abteilungsleiter.

Bar-Kochba, Sportabteilung. Morgen vormittag 10.30 Uhr findet das fällige Handballwettspiel gegen 1860 um den süddeutschen Pokal am 1860er Platz (Grünwalderstraße) statt. Die Mannschaft:

Kornhauser II
Orljansky Kornhauser I
Fleischer Schneuer Felsen
Helfeld Schuster Dr. Berger Goldstern Gröbel

trifft sich um 10 Uhr vormittags im Stadion.

Die Leitung.

Bar-Kochba. Wir bringen unseren Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß ab 24. Februar nicht mehr Frau Braun für uns kassiert, sondern Herr W. Hönigstein. Wir bitten auch bei dieser Gelegenheit durch pünktliche Bezahlung der Beiträge unsere Arbeit unterstützen zu wollen.

Gesamtausschuß der Ostjuden, Jüdischer Kulturverein J. L. Perez. Wir weisen nochmals darauf hin, daß Herr Uriel Birnbaum am Samstag, dem 9. März, im Lessingsaal einen Vortrag halten wird und wir bitten alle Freunde und Interessenten sich diesen Abend freizuhalten.

Gesamtausschuß der Ostjuden, Jüdischer Kulturverein J. L. Perez. Voranzeige: Es wird heute schon auf unsere am 31. März stattfindende Purim-Veranstaltung aufmerksam gemacht.

Jüdischer Kulturverein J. L. Perez. Samstag, den 2. März, abends 8.30 Uhr, findet eine Ausschußsitzung statt.

Lessinggedenkfeier des Jüdischen Jugendvereins München. Am 21. Februar 1929 veranstaltete der Jüdische Jugendverein München eine Lessinggedenkfeier und bot damit den zahlreich Erschienenen einen anregenden und genußreichen Abend. — Der Festredner Herr Dr. Siegfried Keßler schilderte in einer eindrucksvollen Rede den Dichter als den ewig jungen Helden, der durch seinen unbeirrten Kampf gegen Vorurteile auf literarischem, sozialem und religiösem Gebiet der Jugend von heute besonders nahe steht und durch seine genialen Schöpfungen bis in unsere Zeit fortwirkt. — Herr Alfred Obermaier brachte den Epilog zur Lessingfeier von Bertold Auerbach wirkungsvoll zum Vortrag. — Eingerahmt wurde die Feier von Darbietungen des jüdischen Kammerorchesters unter Leitung von Heinrich Lamm und Mitwirkung der Sopranistin Frl. Bettina Feitler. Die musikalischen Vorträge, die zu Gehör gebracht wurden, besonders Drei deutsche Tänze von Schubert, fanden reichen, wohlverdienten Beifall. Alles in allem: ein Abend, auf welchen der Jüdische Jugendverein mit Stolz zurückblicken kann. J. B. H.

Verlag und Redaktion des „Jüdischen Echo" haben

neue Telephonnummern

erhalten und sind jetzt unter

Nr. 73664 und 73665

zu erreichen. Berichtigen Sie Ihr Telephonbuch!

Verlag B. Heller, München, Herzog-Max-Straße 4

Jüdischer Jugendverein München. Donnerstag, den 7. März 1929 spricht Herr Präparandenlehrer Hirnheimer über Ethische und religiöse Bedeutung der Speisegesetze. Der Vortrag mit anschließender Diskussion findet, wie alle Donnerstag-Abende im Lessingsaal, Herzog-Rudolf-Straße 1/0, statt. Beginn: 20.45 Uhr. Donnerstag, den 14. März 1929, findet unter Leitung von Herrn Syndikus Dr. Freund eine Diskussion über praktische Abwehrarbeit statt. An beiden Abenden sind Gäste herzlich willkommen. Die Montag- und Dienstag-Abende, ebenso die Freitag-Abend-Feiern des Vereins werden wie bisher fortgesetzt. Für Sonntag, den 10. März, ist eine Fahrt nach Augsburg vorgesehen. Auskünfte in Vereinsangelegenheiten, sowie Beitrittsanmeldungen an die Schriftführerin, Frl. Emma Neuwirth, Franz-Josef-Straße 33.

Jüdischer Gesangverein E. V. Nach dem Vortrag des Herrn Rabbiner Dr. Freudenthal hat der Verein von der Kultusgemeinde Nürnberg die ehrenvolle Einladung erhalten, ein Wohltätigkeitskonzert in der Nürnberger Synagoge zu geben. Dieses Konzert findet am 17. März 5 Uhr statt mit folgendem Programm: Vorspiel (Orgel, Me howu (Löwenstamm), Lederer baruch (Kirschner), 192. Psalm (Liszt), Jochrenu (Naumann), Mo oolom (Ziegler), 42. Psalm (Mendelssohn).

Die Proben haben begonnen; nur wer an den Proben teilnimmt, kann zur Mitwirkung zugelassen werden.

Gesamtausschuß der Ostjuden. Verein Talmud Thora gratuliert seinem Vorstandsmitglied Herrn M. Fleischer und Frau zur Vermählung ihrer Tochter RM. 2.—. Verein Bikor Cholim gratuliert Herrn M. Fleischer und Frau zur Vermählung ihrer Tochter RM. 2.—. Familie Gidalewitsch desgleichen RM. 1.—; Familie H. Strumpf desgleichen RM. 1.—; Familie H. Landau desgleichen RM. 1.—.

KEREN KAJEMETH LEJISRAEL

Jüdischer Nationalfonds

Münchener Spendenausweis Nr. 15 vom 20. bis 26. Februar 1929

Bäume: Dr. Igo Feuchtwanger-Garten: Rosl Feuchtwanger sagt allen lieben Freunden und Bekannten Lebewohl, 8 Bäume 50.—.

V. J. St. Jordania-Garten: Dr. R. Straus und Frau danken für die Glückwünsche zur Bar-Mizwah ihres Sohnes, 1 Baum 6.—. Der Altherrenbund der V. J. St. Jordania kondoliert seinem lieben Konphilister J. Nußbaum zum Tode seiner Mutter, 1 Baum 6.—. Die Aktivitas ihrem ersten alten Herrn desgleichen 6.— = 68.—.

Büchsen: N. N. 5.—, Apfel 11.40, Dr. M. Kains 3.—, L. Bernstein 1.—, Frau A. Békés 1.30, E. Schindler 1.—, Hirsch Waikersheimer 4.—, D. Königsberger 1.23, M. Schlesinger 20.—, J. Goldmann 2.02, J. Eisen 5.—, N. Krieger 1.—, Frl. L. Freylich 5.16, Frau Dr. G. Weil 15.24 = 76.35.

Gold. Buch des Jüdischen Turn- und Sportverein Bar-Kochba. Die Leichtathletikabteilung des Bar-Kochba gratuliert zur Hochzeit Fleischer-Rehfeldt RM. 3.—.

Gold. Buch Frieda und David Horn. Der Gesamtausschuß der Ostjuden gratuliert seinem Vorstandsmitglied Max Fleischer zur Vermählung seiner Tochter RM. 2.—.

Imi-Taschen: Ludwig Stein 7.21.

Einnahmen aus der Vorführung des Palästinafilms 800.— = RM. 961.56.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1928 RM. 3451.28.

Nürnberger Spendenausweis vom 22. Februar 1929

Spendenbuch: Herr L. Nauheim, Rotophot Verlag anläßlich 25jährigem Geschäftsjubiläum 20.—. Herr und Frau Dr. Hermann Gundersheimer anläßlich ihrer Vermählung 20.—. Herr und Frau Direktor Loewi anläßlich Geburt ihres Sohnes 10.—.

Imi-Tasche: Königshöfer (Fürth) 1.50.

Büchsen: Adolf Steinhardt 19.41; Ludwig Bendit 9.10; Ludwig Bildstein 6.80; Nathan Gold 6.50; David Levite 5.69; Frau Hesselberger 5.50; Hugo Bärmann, Kom.-Rat Steinlein, Lilly Vorhaus, Direktor Metzger je 5.—; Dr. Kronacher 4.90; Krakenberger 4.10; Ida Ehrenberger 3.60; Bamberger 3.—; S. Neumark 2.85; Bruckheim 2.50; Dr. Sulzbacher 2.34; Ingenieur Heimann 2.17; Dr. Wertheimber, Jakob Feuchtwanger, Blumenstein je 2.—; Dr. Levin 1.—; Eibeschütz 1.—; Schaffer —.80; Heimann —.50. Summe: RM. 159.26.

Seit 1. Oktober 1928 aufgebracht RM. 1 895.64.

Würzburger Ausweis vom 25. Februar 1929

Durch Erich Schloß im Spendenbuch: Jul. Neumann anläßlich der Geburt seines Sohnes 10.—.

Büchsen: Frau Emrich 5.75; Schulhöfer-Lachmann 5.20; Georg Koffler 5.—; Frau Ostrach 2.55; Frau Grünfeld 2.25; Frau Kurz 1.75; Jakob Wachtel, M. Axelrod, A. Niederland, M. Stolz je 1.50; H. Schwarz 1.38; A. Sirkus 1.32; Sury Wald 1.22; A. Wohl 1.20; A. Bayowitz 1.06; M. Habermann 1.—; Glanzberg —.50; M. Golomb —.25; Gerstel 2.24; Fließ 1 Telegramm 1.—, zusammen RM. 49.61.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog-Max-Straße 4, München.